

Stellungnahme vom Arbeitskreis „Herzoginnen“ aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg
Thema diskriminierungsfreie Sprache an Schulen

Diskriminierungsfreies Schreiben an Schulen darf nicht bestraft werden!

Am vergangenen Donnerstag hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein an alle Schulen im Land einen Erlass verschickt, in dem die Anweisung enthalten ist, dass Genderstern, Binnen-I, Gender-Gap (also: Unterstrich) und Schrägstrich nicht vom amtlichen Regelwerk gedeckt seien. Deshalb solle diese Form der diskriminierungsfreien Schriftsprache in Hausarbeiten und Klausuren als Fehler bewertet werden.

Anlass war angeblich - so hieß es in der Begründung – eine große Verunsicherung an den Schulen zu diesem Thema, aus dem sich dringender Handlungsbedarf ergeben habe. Vermuten ließe sich jedoch auch ein anderer Zusammenhang: Die Ministerin macht, als neu ernanntes Mitglied im Zukunftsteam von Armin Laschet, Wahlkampf auf Kosten von Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein. Auch andere CDU-Landesverbände wollen Gender-Sonderzeichen aus Schulen verbannen.

Die Herzoginnen meinen: Was an Hochschulen, Verwaltung und mittlerweile auch in diversen Medien richtig ist, darf an Schulen nicht falsch sein. Schule soll auf das Leben vorbereiten. Eines der zentralen gleichstellungspolitischen Ziele ist es, eine Ansprache von mehr als zwei Geschlechtern im öffentlichen Raum selbstverständlich werden zu lassen. Menschen, die sich als trans, intersexuell oder nicht-ident verorten, dürfen nicht durch Sprache diskriminiert werden, sondern sind Teil dieser Gesellschaft. Wie das geht, können alle – auch Lehrer*innen – überall nachlesen.

Es gibt vielfältige Möglichkeiten, auf Verunsicherung an Schulen im Hinblick auf gendergerechte Sprache zu reagieren. Bei Markus Lanz sagte Karin Prien, dass wir in diesem Land „doch eine einheitliche Sprache“ lernen müssten, nicht jede*r dürfe eigene Regeln aufstellen. Doch Sprache ist lebendig und aktuell stark in Entwicklung. Das ist auch gut so, denn um ein diskriminierungsfreies Miteinander zu erreichen, muss Sprache sich anpassen. Sprache beeinflusst unser Denken, unser Bewusstsein und damit auch unsere Realität. Und unsere Realität ist eine vielfältige Gesellschaft, in der einige Gruppen - nicht zuletzt auch durch den Sprachgebrauch – immer noch diskriminiert werden. Schule ist ein Abbild unserer Gesellschaft. Wo wenn nicht hier muss es Raum geben, diskriminierungsfrei sprechen und schreiben zu lernen.

Selbst wenn es ganz unterschiedliche Haltungen zu diesem Thema gibt: Diskriminierungsfrei zu sprechen und zu schreiben darf nicht bestraft werden und sich nicht in den Noten widerspiegeln. Ziel muss es sein, Lehrer*innen dazu zu befähigen, sich kritisch mit den sich wandelnden Realitäten und Sprache auseinander zu setzen und entsprechende Kompetenzen an Schüler*innen angemessen weiterzugeben. Darüber sollte mittlerweile über Parteigrenzen hinweg Einigkeit bestehen.¹ Die „Herzoginnen“, eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen Berufsfeldern in diversen Beratungsstellen, Gleichstellungsstellen und Verwaltung, sprechen sich daher entschieden gegen diesen rückwärtsgewandten Vorstoß der Ministerin aus!

¹ Den Aktionsplan „Echte Vielfalt“ in SH gibt es seit 2014 www.echte-vielfalt.de

Die Unterzeichnerinnen:

- Friederike Betge, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Lauenburg / Elbe
- Maren Klingenberg, Integrierte Beratungsstelle Schwarzenbek / Lauenburg DW
- Brigitta Marks, pro familia
- Silke Meyer, Leiterin des Ev. Frauenwerkes Lübeck-Lauenburg
- Petra Michalski, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Schwarzenbek
- Anja Nowatzky, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Geesthacht
- Petra Oesterreich, Gleichstellungsbeauftragte Kreis Herzogtum Lauenburg
- Tanja Schwaermer-Reich, Gleichstellungsbeauftragte Amt Sandesneben-Nusse
- Nina Stiewink, Gleichstellungsbeauftragte Amt Hohe Elbgeest
- Renate Schächinger, Leiterin KIBIS Selbsthilfeberatung, Der PARITÄTISCHE SH
- Sabine Wöhl, Frauenberatungsstelle „Hilfe für Frauen in Not“ e. V.